

BESCHLUSS | Für einen besseren Zustand der Ostsee

Die CDU Schleswig-Holstein steht seit jeher für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Ressourcen. Dazu gehört selbstverständlich auch der Schutz unserer Ostsee. Wir wollen für die künftigen Generationen eine intakte und vitale Ostsee erreichen. Daran arbeiten wir auch heute schon. Denn die Nutzung der schleswig-holsteinischen Ostseeküste zeichnet sich bereits jetzt durch ein hohes Maß an Naturerlebnisräumen und bestehenden Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten aus. Die bisherigen Anstrengungen reichen aber mit einem Blick auf den aktuellen Zustand der Ostsee nicht aus, denn der ökologische Zustand der Ostsee ist schlecht. Sie ist insgesamt nach wie vor zu hohen Belastungen durch Erwärmung, Nähr- und Schadstoffeinträge, Müll, Munitionsaltlasten und Lärm ausgesetzt. Das stellen nicht nur die zuständigen Behörden fest, sondern auch die Wissenschaft, wie etwa das Thünen Institut für Ostseeforschung oder das Institut für Meeresforschung Geomar.

Die CDU Schleswig-Holstein hat sich daher in ihrem Koalitionsvertrag mit Bündnis 90/die Grünen darauf verständigt, einen ergebnisoffenen Konsultationsprozess durchzuführen. Dabei wird geprüft, ob ein Nationalpark das richtige Instrument für einen besseren Schutz der Ostsee sein kann oder ob es hierfür andere, besser geeignete Maßnahmen gibt. Dieser Prozess geht weit über die normale Beteiligung bei solchen Verfahren hinaus, so dass sichergestellt wird, dass alle Interessengruppen gehört werden und jeder und jedem die Möglichkeit zu einer schriftlichen Stellungnahme gegeben wird. Die CDU Schleswig-Holstein dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für den bisherigen großen Einsatz und das Engagement im Rahmen der Konsultation. Es ist auch aufgrund dieses Engagements gelungen, deutlich herauszuarbeiten, was die Herausforderungen für einen besseren Schutz der Ostsee sind. Und deutlich wurde auch, dass es allen Beteiligten ernst ist mit einem besseren Ostseeschutz.

Auf Basis dieser bisherigen Erkenntnisse sieht die CDU-Schleswig-Holstein folgende Punkte für erforderlich:

1. Nutzung und Naturschutz besser in Einklang bringen und dazu ein freiwilliges Aktionsbündnis gründen

Unsere Ostsee ist ein vielgenutztes Meer und wir wollen die Ostsee gemeinsam mit den Menschen schützen und die menschliche Nutzung mit dem Naturschutz besser in Einklang

bringen. Bereits heute gibt es dafür eine Vielzahl an Schutzgebieten oder FFH / Natura 2000-Gebiete. Ein besserer Ostseeschutz wird nur mit den Menschen funktionieren, die an und mit der Ostsee leben, denn auch für sie ist die Ostsee ein Lebensraum. Wassersport, Bundeswehr und maritime Wirtschaft mit Fischerei, Schifffahrt, Sportbetrieb, Tourismus, Hafenwirtschaft, Bootsverleih bis hin zur Seebestattung prägen die Nutzungen an und in der Ostsee und müssen auch in Zukunft möglich sein. Die Ostsee muss auch für neue, zukünftige Technologien nutzbar bleiben. Mit einem Aktionsbündnis wollen wir die Interessen aller Beteiligten vereinen und zusammen an einem besseren Schutz der Ostsee arbeiten.

2. Freiwillige Vereinbarungen weiterentwickeln und bestehendes Ordnungsrecht zum Schutz der Ostsee konsequent anwenden

Mit diesem Aktionsbündnis wollen wir zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten Vereinbarungen weiterentwickeln sowie neue Vereinbarungen treffen. Vereinbarungen mit dem Willen aller Beteiligten zu einem konstruktiven Dialog orientieren sich vielmehr an konkreten Schutzbedürfnissen und sind anpassungsfähiger als jeder Rechtsakt. Die vereinbarten Entschongebiete wollen wir erhalten und ggf. weiterentwickeln, um den Schutz der Schweinswale und tauchenden Meeresenten vor ungewollten Beifängen zu verbessern und gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage und die gesellschaftliche Akzeptanz für die Küstenfischerei zu erhalten. Auch die mit dem Wassersport getroffene Vereinbarung zum Schutz von rastenden Meeresvögeln wollen wir im Sinne einer verträglichen Nutzung der Ostsee weiterentwickeln. Mit der Allianz für Gewässerschutz, der flächendeckenden Gewässerschutzberatung und einem optimierten Grundwassermessnetz wollen wir den eingeschlagenen Weg zu noch mehr Gewässerschutz fortsetzen und weiterentwickeln. Das Auenprogramm wollen wir fortführen. Die Gewässerqualität wollen wir weiter durch entsprechende Maßnahmen verbessern und mit Projekten begleiten, wozu auch moderne Abwasserkonzepte und -systeme gehören. Die EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und die EU-Nitrat- und Wasserrahmenrichtlinien müssen konsequent umgesetzt und evaluiert werden. Die Nährstoff- und Schadstoffeinträge in die Gesamtostsee müssen verringert werden. Wichtige Schritte mit der Novellierung der Düngeverordnung wurden hier bereits gegangen. Die vielgestaltigen Regelungen zu Gewässerrandstreifen aus unterschiedlichen Rechtsbereichen sollen zu einer klaren, vollzugstauglichen Regelung zusammengeführt werden. Wir wollen mit den Natura 2000- bzw. FFH- und Vogelschutzgebieten Pflanzen- und Tierarten und ihre natürlichen Lebensräume weiter schützen, dabei die Listen der Lebensräume und Arten überprüfen sowie die Managementpläne überprüfen, aktualisieren und umsetzen. In

den Naturschutzgebieten und in den Fisch- und Laichschonbezirken muss die Einhaltung von Regeln konsequent durchgesetzt werden. Mit der Küstenfischereiverordnung ist die Stellnetzfischerei und die Schleppnetzfischerei ausreichend geregelt.

3. Lokale Aktionen an der Ostseeküste initiieren und unterstützen

Mit neuen land- und wasserseitigen lokalen Aktionen wollen wir Naturschutz, Kommunen, Landeigentümer und zudem Fischerei, Wassersport, Tourismus, Landwirtschaft und Küstenschutz zusammenbringen, um die NATURA 2000-Ziele der Ostsee umzusetzen, den Zustand der Ostsee zu verbessern und die ökonomische und soziale Entwicklung zu integrieren. Mit vor Ort abgestimmten Konzepten und mit kooperativer Einbindung des landwirtschaftlichen Sektors wollen wir Naturschutz-, Landschaftspflege- und Wasserwirtschaftsmaßnahmen organisieren, koordinieren und umsetzen. Synergien zwischen Biodiversitäts-, Klima- und Gewässerschutz in den Regionen an der Ostseeküste sollen mit Vergütung von Agrarumweltleistungen, Agrar-Ökosystemforschung, Renaturierung und Flächensicherung, Stärkung regionaler Wertschöpfungsnetze und Umweltbildung hergestellt werden. Das Instrument der Flurbereinigung zur Gestaltung des ländlichen Raumes und zur Auflösung konkurrierender Ansprüche mit Berücksichtigung der Grundeigentümerbelange soll dabei angewendet und genutzt werden. Mit modernen Abwassersystemen und Flächenmodellprojekten in Küstennähe, ähnlich wie das Modellprojekt Schlei, wollen wir die Nährstoffeinträge in die Ostsee weiter reduzieren.

4. Aktive Naturschutzmaßnahmen in der Ostsee forcieren

Wir wollen die Ostsee nicht einfach sich selbst überlassen, sondern mit gezielten Maßnahmen den ökologischen Zustand verbessern. Naturschutzmaßnahmen und Lebensraumgestaltung für Pflanzen und Tiere sollen dauerhaft aktiv durchgeführt werden; nur passive Schutzmaßnahmen genügen nicht zur ökologischen Zustandsverbesserung der Ostsee. Seegraswiesen sollen als Lebensraum für Fische, Nährstofffilter, Kohlendioxid-Speicher und als Küstenschutzinstrument erhalten, aktiv wiederhergestellt und neu angelegt werden. Steinriffe als dicht gepackte Steinansammlungen oder sehr große Findlinge sollen als Lebensraum für Fische, Schwämme und Algen sowie als Küstenschutzinstrument errichtet werden und Diversität schaffen. Muschelbänke sollen zur Verbesserung der Wasserqualität erhalten, aktiv wiederhergestellt, mit Hilfsstrukturen neu angelegt und ggf. bewirtschaftet werden; Muschelzuchten wollen wir unterstützen.

5. Küstenschutz an der Ostseeküste aktiv naturverträglich gestalten

Wir wollen mit neuen, alternativen, naturverträglichen Maßnahmen unsere Ostseeküste besser schützen. Der Anstieg des Meeresspiegels mit zunehmenden Hochwasserständen sowie mit verstärktem Wellenenergieeintrag und stärkeren Strömungen wirkt mit stärkerer Erosion und Küstenrückgang. Zum Schutz von Lebensräumen an Niederungen, Steilküsten und Stränden sowie von Infrastrukturanlagen sollen nicht nur bereits genehmigte Küstenschutzanlagen ertüchtigt werden, sondern auch an weiteren Küstenabschnitten neue Sicherungsmaßnahmen erfolgen. Treibseldünen, Seegrasmatten, Muschelbänke, große Steinriffe, Bodenverfestigungen, Bodenschwellen, Baggergutverwendung, Bühnenhalsrückbauten, mobile Überlaufsysteme und die Vernässung von Hinterlandarealen sollen neu als flexible, naturbasierte und klimafeste Küstenschutztechniken klassische Küstenschutzmaßnahmen wie Deckwerke, Bühnen, Wellenbrecher, Deiche, Uferschutzmauern oder Aufspülungen ergänzen. Bei der Erstellung der Gesamtstrategie „Entwicklung Ostseeküste 2100“ sollen entsprechend neue, naturbasierte Küstenschutzmaßnahmen integriert werden und generell zum Einsatz kommen, um vor irreversiblen Küstenrückgang und struktureller Erosion zu schützen. Die zunehmende Ausgleichsküsten-Dynamik soll reduziert werden. Küstenschutz und Naturschutz wollen wir gleichberechtigt zusammen organisieren.

6. Die Bergung von Munitionsaltlasten mit Hilfe des Bundes schnellstmöglich voranbringen

Wir wollen die Munitionslasten und chemische Kampfstoffe schnellstmöglich aus der Ostsee holen. Bund und Länder tragen dabei gemeinsam Verantwortung bei der Beseitigung der Weltkriegsaltlasten, wir stellen aber fest, dass der Bund seiner Verantwortung bisher nur unzureichend gerecht wird. Hier bedarf es einer deutlichen Steigerung insbesondere bei der finanziellen Beteiligung.

Die vom Deutschen Bundestag bewilligten 100 Mio. Euro sollen dem Bau einer innovativen Bergungs- und Entsorgungsplattform dienen. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, mit dem Bau dieses Pilotprojektes umgehend zu beginnen. Der Bau dieser ersten Bergungs- und Entsorgungsplattform soll ein Prototyp für den Bau weiterer Plattformen sein. Über deren Finanzierung müssen dann Bund und Länder eine Einigung erzielen.

Die Bergung und Vernichtung der Kampfmittel mit bereits vorhandener Technik sollte daneben zügig begonnen werden, ohne dass der Bau der neuartigen Bergungs- und Entsorgungsplattform weiter verzögert wird. Hierzu muss die Bundesregierung sicherstellen,

dass die vorgesehenen Haushaltsmittel für beide Vorgehensweisen ausreichen. Gegebenenfalls muss der Haushaltsansatz entsprechend erhöht werden. Die Bergung der Munitions- und Kampfstoffaltlasten muss von nationaler Hand organisiert werden. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, schnellstmöglich Abstimmungsgespräche mit den Ländern zu führen.

Darüber hinaus muss Schleswig-Holstein umfassend eingebunden und transparent informiert werden. Das Land kann technologische Expertise zur Erkundung und Bergung beisteuern. Nicht nur bei Gefährdung der Schifffahrt sollen Munitionsaltlasten durch Kampfmittelräumdienste entschärft, geborgen und vernichtet werden, sondern generell zur Verhinderung von Schadstoffbelastung.“

Unsere Lösung:

Die CDU Schleswig-Holstein hält die vorgenannten Punkte für wirksame Maßnahmen und Instrumente für einen besseren Ostseeschutz, die dazu führen werden, dass sich der Zustand der Ostsee spürbar verbessern wird. Sie stellen eine gute Grundlage für den vorzulegenden Vorschlag der Landesregierung für einen besseren Ostseeschutz nach Beendigung des Konsultationsprozesses Ende des Jahres dar.

Auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse aus dem Konsultationsprozess zum Nationalpark Ostsee ist die CDU Schleswig-Holstein überzeugt, dass die vorgenannten Punkte im Gegensatz zu einer Einrichtung eines Nationalparks die geeignete Lösung darstellen, um den Herausforderungen beim Ostseeschutz zu begegnen. Ein Nationalpark schließt Nutzungen überwiegend aus, schützt den Naturraum nicht aktiv und wird die Probleme der Ostsee wie Nährstoffeintrag, Sauerstoffreduktion, Temperaturanstieg, Meeresspiegelanstieg und Munitionsaltlasten nicht lösen. Zudem kann die Einrichtung einer Nationalparkverwaltung zu weiteren Kosten führen. Zusätzlicher Bürokratie-, Verwaltungs- und Finanzmittelaufwand einer Nationalparkverwaltung soll vermieden werden. Ein Nationalpark ist auch zur Tourismusförderung an der Ostsee nicht notwendig und nicht zielführend. Auch die Unterschiede zwischen Nord- und Ostsee verdeutlichen, warum es in der Ostsee keines Nationalparks bedarf: die Nordsee zeichnet sich als flaches und salziges Randmeer des Atlantischen Ozeans aus, dass durch die Gezeiten von Ebbe und Flut geprägt ist. Durch die Gezeiten stellt die Nordsee einen wichtigen Lebensraum für zahlreiche Zugvögel als Futter- und Rastplatz dar. Doch auch viele Fische und Meeressäuger sind in der Nordsee beheimatet.

75. Landesparteitag

Donnerstag | 5. Oktober 2023 | 18.30 Uhr | Holstenhallen, Neumünster

CDU

Die Ostsee ist im Vergleich zur Nordsee ein flaches Binnengewässer, das nur drei schmale Verbindungswege zur Nordsee hat und nicht von den Gezeiten geprägt ist, weswegen die Nutzungsdichte gerade für Wassersport und maritime Wirtschaft deutlich höher ausgeprägt ist, die sich aber mit der Einrichtung eines Nationalparks nicht gut verträgt.